Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 159. Dienstag, 4. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21.— M., vierteljährlich 63.— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5.— M. Für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Drei Streitfragen der Westmächte.

Genua — der Völkerbund — der nahe Osten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 3. April. Die Blätter werden immer skeptischer. Es sind augenblicklich drei Punkte, worüber London und Paris sich nicht einig sind. Der erste Hauptpunkt ist die Tendenz und Bedeutung der Konferenz in Genua. Der englische und französische Ministerpräsident waren übereinkommen, in Genua weder über die bestehenden Verträge oder eine Interpretation derselben noch über die Entwaffnungsfrage zu sprechen. Bei der letzten Begegnung zwischen Poincaré und Curzon hat letzterer nun erklärt, daß man über diese Fragen in Genua zwar keinen Beschluß fassen dürfe, doch wohl im allgemein theoretischen Sinne darüber sprechen könne. Weiter erklärte er, daß Lloyd George willens sei, sie zur Debatte zu stellen. Französischerseits wird nun erklärt, daß man sich an die Abrede halten und daß die französische Delegation die Konferenz verlassen werde, sobald Lloyd George sein Vorhaben ausführe. Der zweite Differenzpunkt ist die Rolle des Völkerbundes in Genua. Frankreich will, daß, wenn in Genua beschlossen werde, eine bleibende Organisation zu behalten, diese vom Völkerbund ausgehen soll. Der englische Abgeordnete erklärte, daß der Völkerbund in Genua nur durch seine technischen Beamten vertreten sein dürfe, und daß dann später seine Rolle in Genua festgestellt werden solle. Unter diesen Umständen hat das Komitee, ohne zu einem einstimmigen Beschluß kommen zu können, nur die an die Sachverständigen ergangene Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua angenommen. Bourgeois gab jedoch als Vertreter der französischen Regierung eine Erklärung ab, daß nach der Ansicht Frankreichs der Völkerbund mit der Ausführung aller von der Konferenz zu treffenden Beschlüsse beauftragt werden müsse. Der dritte Punkt zwischen beiden Ländern sind die Beschlüsse der letzten Konferenz der Außenminister über die Fragen des nahen Ostens. Während Frankreich in der Lösung nur einen vorläufigen Vermittlungsvorschlag sieht, der die Gelegenheit für neue Unterhandlungen offen läßt, sind nach der englischen Auffassung die Beschlüsse der Konferenz das letzte Wort der Alliierten.

Lloyd George jun. für Lloyd George sen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 3. April. Bei der Jahresversammlung der liberalen Vereinigung hielt Major J. M. Lloyd George eine Rede, in der er ausführte, man habe überall verbreitet, die Konferenz von Genua sei für seinen Vater, den Premierminister, lediglich ein Trick, im Amte bleiben zu können. Gerade das Gegenteil sei wahr. Sein Vater sei amtsmüde, aber er gehe nach Genua, weil er es für seine Pflicht halte, die Nationen wieder zusammenzubringen. Sein Ziel sei, den Frieden in Europa wiederherzustellen, und es wäre ein großer Fehler, wenn man Rußland von der Konferenz ausschließen wollte. Sein Vater basiere seine Politik auf liberalen Grundsätzen, und er sei heute noch ein ebenso guter Liberaler, wie zu der Zeit, als er zuerst in das Parlament eintrat.

Lloyd Georges Ansicht über den europäischen Wiederaufbau.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 3. April. Mit großer Spannung sieht man der Rede entgegen, die Lloyd George heute im Unterhause halten wird. Man hofft auf erschöpfende Auskünfte über das Programm, mit dem England nach Genua geht. Lloyd George ist am Sonntag abend nach Downingstreet zurückgekehrt, um letzte Hand an seine Rede zu legen. Ueber den Inhalt dieser Rede, die etwa 1½ Stunde dauern dürfte, verlautet nach dem „Observer" aus zuverlässiger Quelle, Lloyd George werde betonen, daß eine Wiederbelebung des Handels die Wiederaufbaufrage verhältnismäßig bedeutungslos machen würde. Zu dieser Wiederbelebung sei allerdings eine Rüstungspause auf Grund der bestehenden Verträge nötig. Ohne eine solche Wiederbelebung des Handels sei Europa im allgemeinen und England im besonderen zu einem Unglück verurteilt. Wenn auf der anderen Seite der Handel nach dem Sturz des Militarismus wieder erwache, so bestehe keinerlei Grund dafür, warum Deutschland nicht das nötige Geld finden sollte, um seine Reparation zu zahlen, ebensowenig, warum England, Rußland und Frankreich nicht das nötige Geld finden sollten, um ihre Schulden zu bezahlen. Lloyd George wird ferner betonen, daß die Grundlagen für ihn die Beschlüsse von Cannes seien, die Poincaré in Boulogne angenommen hat. Aus diesem Grunde will man in London nicht verstehen, was Lloyd George hindern könnte, die eingangs angeführten Ideen durchzuführen. Es wird weiter betont, daß der englische Premierminister Rußland für den Schlüssel in der Angelegenheit einer Rüstungspause ansieht und Deutschland für den Schlüssel des Wiederaufbaus. Sobald die Rote Armee tatsächlich demobilisiert ist, und zwar infolge allgemeiner Uebereinstimmung und mit wirklichen Garantien, wird Rußland weder von seinen Nachbarn angegriffen werden, noch diese angreifen. Auf diese Weise wird das ganze militärische Gebäude des Kontinents zusammenbrechen.

Deutsche Vorbesprechungen mit Krassin.

Berlin, 3. April. Die russische Delegation für Genua hielt hier gestern Besprechungen zwecks Orientierung über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und zur Erörterung russischer Wirtschaftsangelegenheiten ab. Die mit der Konferenz von Genua zusammenhängenden Fragen sollen erst unter Vorsitz Krassins behandelt werden. Krassin trifft heute mittag hier ein und wird nachmittags zunächst mit der deutschen Reichsregierung Fühlung nehmen. Er wird, wie es heißt, der deutschen Regierung neue Vorschläge unterbreiten, um in Genua gewisse Wirtschaftsfragen auf gemeinsamer Grundlage zu verhandeln. Gestern berichtete auch Rakowski über seine Verhandlungen zum Abschluß eines deutsch-ukrainischen Handelsabkommens. Während der Besprechungen traf ein Telegramm aus Moskau ein, wonach auf der aus 1000 Personen besuchten Tagung des Moskauer Arbeiter- und Soldatenrats Professor Nansen zum Ehrenmitglied des Moskauer Arbeiter- und Soldatenrats ernannt worden ist, und daß Nansen einen Vertrag unterzeichnet habe, wonach er nunmehr seine Hilfsarbeit auch auf die Hungergebiete der Ukraine ausdehnen wird. Nachdem abends Tschitscherin und Litwinoff in der Sowjetmission erschienen waren, wurde in eine Erörterung politischer Fragen eingetreten.

Frankreich für Gleichberechtigung der kleinen Staaten in Genua.

Paris, 3. April. Nach einem Londoner Telegramm des „Echo de Paris" soll Lloyd George auf diplomatischem Wege in Rom eine Vorbesprechung der alliierten Mächte vor Beginn der Konferenz von Genua vorgeschlagen haben. England beabsichtige die Bildung einiger Ausschüsse zu beantragen, darunter eines politischen Ausschusses, die beauftragt werden sollen, die Arbeiten der Konferenz vorzubereiten, und ihren Entscheidungen die Richtung zu geben. Auf französischer Seite sei man der Ansicht, daß das Beiseiteschieben der kleinen Staaten Mittel- und Osteuropas das der Verbündeten Frankreichs bedeuten würde. Die kleinen Staaten müßten in Genua mit den großen auf gleichem Fuße stehen. Außerdem dürfe kein Verfahren eingeschlagen werden, das von vornherein die Handlungsfreiheit Frankreichs beeinträchtige. (W. T. B.)

Geßler gegen Maginot.

Rom, 2. April. Der Berliner Vertreter der „Poeso" hatte eine Unterredung mit dem deutschen Reichswehrminister Geßler, in der der Minister in folgender Weise zu den Anschuldigungen des französischen Kriegsministers Maginot Stellung nahm:

„Die Waffenfunde bei den Rockitrohwerken bieten den Franzosen immer noch Veranlassung, das Gespenst deutscher Rüstungen und großer heimlicher Waffenlager an die Wand zu malen. Maginot behauptete, daß es sich hier um 600 fertige Rohre zu schweren Geschützen handelte, die zur Ausstattung von 33 Divisionen ausreichen. Tatsächlich handelte es sich nicht um 600, sondern nur um 312 Rohre, für die weder Lafetten, noch Verschlüsse, noch irgendwelches Zubehör vorhanden war. Der Rest des Fundes bestand aus keineswegs gebrauchsfertigen Halbfabrikaten. Wenn der französische Kriegsminister behauptete, daß diese Funde zur Ausstattung von 33 Divisionen ausreichten, so ist dies nichts anderes als ein Ausflug in die Welt der Phantasie. Außerdem fehlen deutscherseits die großen Munitionsmengen, ohne die ja die Geschütze tatsächlich wertlos sind. Wenn Maginot in seiner Kammerrede beanstandete, daß die deutschen Behörden niemals der französischen Regierung die im Augenblick des Waffenstillstandes tatsächlich vorhandenen Waffenbestände angegeben hätten, so muß festgestellt werden, daß man in Wirklichkeit deutscherseits auf der Konferenz in Spaa diese Zahlen mitgeteilt, aber dabei bemerkt hat, daß die Unterlagen deshalb unvollständig seien, weil jeder Nachweis darüber fehle, welche Mengen von Waffen bei dem deutschen Rückzug vernichtet oder verloren gegangen sind. Besondere Bedenken scheinen französischerseits gegen die deutschen Fabriken zu bestehen, die sich angeblich sofort in Rüstungsindustrie umwandeln können. Tatsache ist, daß mindestens ein Jahr Zeit notwendig sein würde, um in den Fabriken auch nur in gewissem Umfange Gewehre und Maschinengewehre herstellen zu können. Mehrere Jahre aber wären nötig, bis man an die Herstellung schwerer Geschütze gehen könnte. Auch der angebliche Bau strategischer Eisenbahnen auf dem rechten Rheinufer ist Pariser Phantasiegespinst. Es muß wiederholt werden: bis auf gänzlich nebensächliche Neubauten ist das deutsche Eisenbahnnetz seit Friedensschluß völlig unverändert geblieben.

Die Schutzpolizei ist keine militärische Macht, da ihr die wichtigsten kriegsbrauchbaren Sachen fehlen. Sie hat nur ein Gewehr für drei Leute, besitzt kein Geschütz, keine Minenwerfer und nur äußerst geringe Munitionsmengen. Daß die Schutzpolizei sich im Schießen üben muß, ist wohl selbstverständlich. Die technische Nothilfe, von der Maginot befürchtet, daß sie „im gegebenen Augenblicke" der Reichswehr und der Schupo die fehlenden Spezialisten zu liefern hätte, besteht tatsächlich nur aus jungen Studenten, Technikern usw., die sich freiwillig in den Dienst des Staates gestellt haben, um bei Streiks die lebenswichtigen Betriebe in Gang zu halten. Die Entwicklung der Sportvereine erkläre sich daraus, daß die Jugend ihnen zuströmt, weil diese Vereine ihr die natürliche körperliche Durcharbeit und Erstarkung des Körpers geben. Die Erzählung von dem verborgenen deutschen großen Heer ist nichts weiter als ein Märchen. Während Frankreich über ungeheure Massen von Waffen, Ausrüstung, Munition, Artillerie-, Flieger- und Tankverbänden verfügt, dazu ein aktives Heer von 800 000 Mann mit planmäßig vorbereiteter Mobilmachung hat, steht Deutschland demobilisiert da, mit geringen Beständen, die auf zwergenhafte Reste zusammengeschrumpft sind. (Mtd. Tel.)

Grenzänderung im besetzten Gebiet.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 3. April. Die belgische Regierung hat den Botschafterrat in einer Note ersucht, eine andere Grenzfestlegung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet am Niederrhein in Erwägung zu ziehen. Die jetzigen Verhältnisse sollen nicht genügend Schutz für die Besatzungstruppen bieten, da die Besetzungszone bei den Brückenköpfen zu eng geworden sei.

Die Konferenz der drei Internationalen.

Berlin, 2. April. Der Beginn der heutigen Konferenz der drei sozialistischen Internationalen im Reichstage verzögerte sich, weil die Bolschewisten gegen die Zulassung der Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre als Journalisten protestierten. Nach erregter Auseinandersetzung wurde beschlossen, öffentlich zu verhandeln. Friedrich Adler hielt die Eröffnungsrede, in der er betonte, die Konferenz sei ein erster Versuch, um in gewissen, alle Arbeiter berührenden Fragen zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen. Darauf verlas Klara Zetkin im Namen der Delegierten der 3. Internationale eine Erklärung, wonach die 3. Internationale eine Einheitsfront des gesamten Proletariats für die dringendste Forderung des Tages halte, da die Bourgeoisie versuche, Deutschland durch Reparationen auszuplündern, das russische Kapital wirtschaftlich zu unterjochen und die ganzen Lasten des Krieges auf die Arbeiter der Länder abzuwälzen. Deshalb müsse spätestens während der Genueser Konferenz eine Konferenz aller Sozialisten der Welt zusammentreten, um die Genueser Konferenz zu zwingen, sich mit der Arbeitslosigkeit, dem Achtstundentage und den anderen dringenden Arbeiterfragen zu beschäftigen. In einer scharfen Erwiderung sagte der belgische Sozialist Vandervelde als Vorsitzender der Exekutive der 2. Internationale, daß auch sie die einheitliche Verteidigungsfront des Proletariats für notwendig halte. Die Frage aber, ob mit der 3. Internationale gemeinsam gearbeitet werden könne, hänge davon ab, ob ein ehrliches Vertrauen gegen sie von vornherein verbürgt werden könne. An ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten sei nicht zu denken, solange die russischen Sozialdemokraten in Kerkern schmachten müssen. Der Bolschewist Radek erklärte in einer Antwortrede, daß die Bolschewisten zu Vandervelde auch nicht das geringste Vertrauen hätten. Seine Bedingungen bezeichnete Radek als plumpe Einschüchterungsversuche. Als Radek für die Freilassung der politischen Gefangenen in Rußland die Freilassung der Kommunisten in den Ländern der 2. Internationale forderte, wurde ihm aus den Reihen der anwesenden russischen Gäste „Erpresser" entgegengerufen. Die Wetterverhandlung wurde sodann auf Montag vormittag vertagt.

Berlin, 3. April. Als heute die Konferenz von Vertretern der drei sozialistischen Internationalen weitertagen sollte, beantragte der Engländer Macdonald namens der Delegierten der zweiten Internationale, mit Rücksicht auf die durch die gestrige Rede Radeks geschaffene Lage die allgemeine Sitzung auf nachmittag 3 Uhr zu vertagen, da sich die Delegierten der zweiten Internationale erst über die neue Situation beraten müßten. Es wurde demgemäß beschlossen. Die Delegation der zweiten Internationale nimmt jetzt zu der gestrigen heftigen Rede Radeks gegen Vandervelde Stellung. Es besteht wenig Hoffnung, daß die Konferenz zu Ende geführt werden kann. Die Mitglieder der Sowjetdelegation für Genua nehmen an der Tagung im Reichstag nicht teil. Die Wortführer der Russen auf dem Kongreß, Radek und Bucharin, gehören der Delegation für Genua nicht an. Sie bleiben hier in Berlin, um die wirtschaftlichen Verhandlungen, die Krassin einleiten wird, nach dessen Abreise fortzuführen. Die Delegation für Genua wird wahrscheinlich morgen, spätestens Mittwoch Berlin verlassen.

Dr. Wiedfelds Reise nach Amerika.

Berlin, 3. April. Der neu ernannte deutsche Botschafter für Washington Dr. Wiedfeld tritt gleich nach den Ostertagen die Reise nach Amerika an. Der Botschafter der Vereinigten Staaten Houghton hat sich bereits am Sonnabend in Neuyork eingeschifft. Er will jedoch in London und Paris Aufenthalt nehmen, um mit den dortigen amerikanischen Vertretern Fühlung zu nehmen und etwa am 20. April hier in Berlin eintreffen. — Der afghanische Gesandte in Moskau befindet sich auf der Durchreise nach Genua in Berlin.

Zum Tode des früheren Kaisers Karl.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Wien, 3. April. Das erste direkte Telegramm von dem Ableben des früheren Kaisers Karl erhielt der ehemalige Hofburgpfarrer Prälat Seidl gestern vormittag 10 Uhr. Es lautet: Der Allmächtige hat Seine Majestät den Kaiser zu sich berufen. Bitte lassen Sie für das Seelenheil des Verstorbenen Messen lesen. Zita. — In dem dem ehemaligen Hofe nahestehenden Kreisen nimmt man an, daß eine vorläufige Beisetzung in Spanien erfolgen wird. Karl hat seinen Bruder Max zum Vormund seiner Kinder eingesetzt. In monarchistischen Kreisen glaubt man, daß die Entente der Exkaiserin wegen ihres zukünftigen Aufenthaltsortes sehr entgegenkommen werde.

Budapest, 2. April. Der Reichsverweser richtete an Königin Zita eine Beileidsdepesche, in der er der Teilnahme der ungarischen Nation Ausdruck verleiht. (W. T. B.)

Die Teilnahme der Christlich-Sozialen.

Wien, 3. April. Der Obmann der Christlich-Sozialen, Abg. Seipel, gedachte gestern in einer Versammlung des verstorbenen Kaisers Karl, den er gegen den Vorwurf des Verrats in Schutz nahm. Er habe jedenfalls lange, bevor das Unterliegen der Mittelmächte gewiß gewesen sei, sich um den Frieden bemüht und sei später weder vor den Folgen des verlorenen Krieges noch vor der Revolution geflohen. Dann fuhr Seipel fort: Die Christlich-soziale Partei mußte sich bescheiden, ob sie sich einem vom Gesichtspunkte persönlicher Anhänglichkeit gewiß sehr ideellen, aber politisch aussichtslosen und daher praktisch unbrauchbaren Legitimismus verschreiben, oder aber die veränderten Tatsachen anerkennend, auch unter deren Herrschaft die Interessen des Volkes wie vorher vertreten sollte. Die Christlich-soziale Partei hat sich mit voller Klarheit für den zweiten Weg entschieden. Sie hat